

*Kurzfassung des Referats von*

*Pierre-Alain Rumley, Prof. Dr., Direktor Bundesamt für Raumentwicklung ARE*

### **PPP – Potenziale im Agglomerationsverkehr**

Das eidgenössische Parlament hat im Infrastrukturfonds Mittel für die Mitfinanzierung im Agglomerationsverkehr in der Höhe von 6 Milliarden Franken beschlossen. Bis Ende 2007 wurden beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 30 Agglomerationsprogramme zur Prüfung eingereicht. Deren Investitionsvolumen beträgt rund 17 Milliarden Franken. Der Bund unterstützt die Programme mit einem finanziellen Anteil von 30 bis 50 Prozent. Da für dringliche Vorhaben bereits 2,5 Milliarden Franken freigegeben wurden, stehen für die Mitfinanzierung der weiteren Massnahmen der Agglomerationsprogramme noch maximal 3,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Die Investitionswünsche übersteigen somit die Mitfinanzierungsmöglichkeiten um mindestens das Doppelte. Dies zwingt den Bund zu einer rigorosen Priorisierung. Von den vom Bund unterstützten Vorhaben müssen die Agglomerationen 50 bis 70 Prozent der Kosten übernehmen.

Eine Studie der UBS Warburg aus dem Jahr 2001 zeigte, dass ein Potenzial für PPP-Projekte im Agglomerationsverkehr zwar vorhanden wäre, die fehlenden rechtlichen Grundlagen für Bundesunterstützung im Agglomerationsverkehr solchen Projekten jedoch entgegensteht. Mit dem Infrastrukturfondsgesetzes, das am 1.1.2008 in Kraft getreten ist, besteht nun erstmals die Möglichkeit, dass sich der Bund finanziell am Agglomerationsverkehr beteiligen kann. Der Infrastrukturfonds hat eine neue Voraussetzung geschaffen, die Situation ist daher entsprechend neu zu beurteilen.

Die zu diesem Zweck eingesetzte Arbeitsgruppe des Bundes hat eine Reihe von Kriterien für mögliche PPP-Projekte des Agglomerationsverkehrs definiert. Durch die neuen durch den Infrastrukturfonds geschaffenen Voraussetzungen, sieht die Arbeitsgruppe des Bundes das grösste Potenzial im Bereich der Finanzierung des Kantons- und Gemeindeanteils sowie von Rollmaterial, Betrieb und Unterhalt der neuen Infrastrukturen.

Als wesentliche Erfolgsfaktoren werden in bisherige Studien vorab die folgenden 3 genannt:

1) Wirtschaftliche Raumeignung (günstige Verkehrslage mit Aussicht auf ein hinreichendes Verkehrsaufkommen)

- 2) Effiziente politische Rahmenbedingungen (private Wirtschaft soll möglichst Preis, Menge und Qualität des Angebots eigenverantwortlich bestimmen können)
- 3) Praktische Umsetzung (genaue Ausgestaltung juristisch, finanzökonomisch und technisch).

Anhand einer Praxisstudie wurden Projekte ermittelt, die sich grundsätzlich für eine PPP-Finanzierung eignen würden. Insbesondere interessant wären aufgrund der Projektart sowie des Projektstandes die Projekte "TransRUN" sowie die "Stadtbahn Limmattal". Zudem sind bei diesen beiden Projekten die Kantone Neuenburg und Aargau bereits aktiv geworden und haben erste Abklärungen zu einem möglichen PPP-Potenzial eingeleitet. Der Bund steht denn auch PPP-Projekten grundsätzlich positiv gegenüber und ist bereit sein fachliches Know-how zur Verfügung zu stellen. Die Initiative für die konkrete Bearbeitung solcher Projekte muss jedoch von den betroffenen Kantonen und Gemeinden ausgehen.